



Rede von Dietmar Gaida zur Ratssitzung am 4.4.2019

TOP 17, Stadtentwicklungsgesellschaft

- Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Gäste.

der hier vorliegende Antrag auf Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft wurde leider trotz des einhelligen Widerstands unserer Fraktion mit einer Begründung versehen, die dieser Gesellschaft schon vor Beginn ihrer Tätigkeit eine falsche Richtung weist. So wird zu den Aufgabefeldern der Gesellschaft ausgeführt:

„Dies betrifft insbesondere Flächen deren zukünftige, stadtplanerisch geeignetste Nutzung, derzeit noch nicht abgesehen werden kann. Beispielhaft ist hier die Kleingartenfläche am Bussche-Kessel-Weg zu nennen.“

Die Kleingartenanlage Bussche-Kessel-Weg stellt ein Stadtbiotop dar, das eine ganz wichtige Funktion hat für Menschen, Kleinlebewesen und Insekten. In Zeiten des dramatischen Insektensterbens sind Flächen wie diese unverzichtbar, um die Artenvielfalt zu schützen. Zudem wirkt diese Fläche im Sommer als Ausgleich zur zunehmenden Erhitzung der Ohligser Innenstadt und verbessert die belastete Luft des Ohligser Zentrums.

Unsere Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste setzt sich dafür ein, dass diese Kleingartenfläche dauerhaft erhalten bleibt. Dafür muss zunächst der Bebauungsplan und der Flächennutzungsplan in diesem Bereich zwingend geändert werden: Von der heutigen Ausweisung als Gewerbefläche hin zu einer Ausweisung als Grünfläche. Dies wäre ohne jeden Schadensersatzanspruch der Eigentümerin Deutsche Bahn problemlos möglich. Wenn die Ratsmehrheit es denn wollte.

Stattdessen wird in der Begründung des Antrags zur Stadtentwicklungsgesellschaft skizziert, wohin die Reise offenbar gehen soll: Die Stadtentwicklungsgesellschaft soll diese Fläche „deren geeignetste Nutzung derzeit noch nicht abgesehen werden kann“ schon mal kaufen. Zu welchem Preis denn? Natürlich zu dem Preis für die heutige Ausweisung als Gewerbefläche. Dieser liegt ca. 30fach höher als der Preis bei einer Ausweisung als Grünfläche. Wenn die Ausweisung als Gewerbegrundstück nicht vor einem Grundstückskauf in eine Ausweisung als Grünfläche geändert wird, wäre die Gesellschaft bei der Finanzlage der Stadt Solingen gezwungen, diesen Kaufpreis auch wieder beim Verkauf hereinzuholen. Und die Gesellschaft – so steht es im Antrag – soll grundsätzlich die Grundstücke und Immobilien mittelfristig wieder verkaufen. Den Kaufpreis wieder hereinzuholen ginge nur über eine Entwicklung von Gewerbe oder Wohnen auf dem heutigen Kleingartenbiotop. Bündnis 90/Die Grünen halten es deshalb für die völlig falsche Vorgehensweise, das Kleingartengelände Bussche-Kessel-Weg jetzt durch eine Stadtentwicklungsgesellschaft zu einem Preis für Gewerbeflächen aufzukaufen.

In der Antragsbegründung werden nur noch zwei weitere Gebiete als Aufgabenbereiche der neuen Stadtentwicklungsgesellschaft beispielhaft konkret genannt: Dies sind das Omega- und das Hansaquartier. Beide Gebiete sind Gewerbebrachen mit keiner oder nur geringer Stadtbiotopfunktion. Sie eignen sich also hervorragend für eine Neubebauung mit gewerblichen Bauten. Auf ihnen ließe sich das Ziel der Gewerbeentwicklung auf Gewerbebrachen ohne Zerstörung der Grünen Wiese im Ittertal und in anderen Tälern hervorragend umsetzen. Für die Entwicklung von Gewerbegebieten ist in Solingen aber die Wirtschaftsförderung zuständig, die sich in der letzten Zeit erfreulicherweise stärker der Gewerbebrachen-Reaktivierung widmet. Eine Übertragung des Kaufs und der Entwicklung der beiden hier angesprochenen Gebiete auf die neue Stadtentwicklungsgesellschaft macht nur vor dem Hintergrund Sinn, wenn größere Teile dieser Gebiete eben nicht als Gewerbegebiete reaktiviert werden sollen, sondern darauf andere Nutzungen, die einen höheren Verkaufspreis erzielen, geplant sind. Das aber würde den Druck erhöhen, Gewerbegebiete auf der grünen Wiese zu entwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,

beides kann nicht gewollt sein: Die mittelfristige Zerstörung des Kleingarten- und Biotopfläche Bussche-Kessel-Weg und die Abkehr vom Ziel der Reaktivierung ehemaliger innerstädtischer Gewerbebrachen für gewerbliche Nutzungen.

Auch wenn eine Stadtentwicklungsgesellschaft für andere Gebiete durchaus Sinn machen kann, zielen die einzigen in der Begründung genannten Beispiele auf eine völlig falsche Politik. Man muss diese Begründung leider ernst nehmen, umso mehr, nachdem der Versuch unserer Fraktion, sie zu ändern am Widerstand der anderen Fraktionen gescheitert ist. Deshalb steht die grün-offene Fraktion nicht unter diesem Antrag.

Vielen Dank